

Presseinformation

6. Dezember 2002

Dienststellenversammlung im NÖ Festspielhaus

Pröll: „Jeder Landesbedienstete der beste Arbeitsplatzbeschaffer“

„Politische Ziele nutzen nichts, wenn die Mitarbeiter nicht voll dahinterstehen“, betonte Landeshauptmann Dr. Pröll bei der Dienststellenversammlung im Festspielhaus in St. Pölten und dankte den Landesbediensteten für ihre Einsatzbereitschaft. Die NÖ Landesverwaltung sei bereits über die Grenzen hinaus ein Begriff für Top-Verwaltung, dies zeige nicht zuletzt ein Beitrag des ORF, in dem das Bürgerbüro der Bezirkshauptmannschaft Amstetten im Vergleich zur Bezirkshauptmannschaft Mattersburg hervorragend abschnitt. Pröll: „Jeder Landesbedienstete ist der beste Arbeitsplatzbeschaffer, internationale Konzerne schätzen den Standort Niederösterreich auf Grund rascher Verfahrensabläufe.“

Auch beim Hochwasser hätte sich gezeigt, dass die NÖ Landesverwaltung rasch und effizient arbeite. In Oberösterreich oder in Deutschland sei die Abwicklung der Katastrophenhilfe bei weitem nicht so klaglos über die Bühne gegangen. Als kommende große Herausforderung für die NÖ Landesverwaltung bezeichnete Pröll die bevorstehende EU-Erweiterung.

Für die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit bedankte sich der Landeshauptmann beim ehemaligen Obmann der Dienststellenpersonalvertretung (DPV) Dipl.Ing. Peter Morwitzer und wünscht sich Gleiches für den Nachfolger Dipl.Ing. Andreas Neuwirth.

Die praktische Umsetzung der Verwaltungsreform, die Finalisierung der elektronischen Zeiterfassung und vor allem die schrittweise Übersiedlung des Landesgendarmierkommandos und der Sicherheitsdirektion in das NÖ Landhausviertel nennt Neuwirth, der seit Oktober Obmann der DPV ist, als die nächsten Ziele.

Dr. Hans Freiler, Obmann der ZPV, freute sich besonders über die erfolgreichen Gehaltsverhandlungen und bedankte sich bei Landeshauptmann Pröll, dass dieses Ergebnis auch sofort in den NÖ Landesdienst übernommen wurde. Die „Besoldung – neu“ sei die nächste große Herausforderung, bei der es gelte, eine gerechtere Entlohnung der Landesbediensteten zu erreichen.



Presseinformation